

# Gewerkschaften wollen sich gegen Ausweitung der Arbeitszeit wehren

**Familienpolitik** Innovative Arbeitszeitmodelle, Teilzeitananspruch, Ausbau von leistbaren Kita-Plätzen: Gewerkschafter aus Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz haben ihre Forderungen in einer Resolution zusammengefasst.

VON SILVIA BÖHLER

**F**este Arbeitszeiten von neun bis fünf und mit dem Verlassen des Büros ist Feierabend: Diese Arbeitswelt stimmt schon längst nicht mehr mit der Realität einer zunehmend digitalen und vernetzten Wirtschaft überein. «Immer mehr Arbeitnehmer sollen deshalb immer flexibler arbeiten», verdeutlichten gestern die Gewerkschafter in Schaan. Der Interregionale Gewerkschaftsrat (IGR), bestehend aus den Arbeitnehmervertretungen der Länder Liechtenstein, Deutschland, Österreich und der Schweiz haben für ihre diesjährige Presstour die Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie weitere Aspekte der Vereinbarkeit von **Familie und Beruf** als Thema aufgegriffen.

## Jederzeit verfügbar

«In der Schweiz werden derzeit die Nacht- und Sonntagsarbeit, die maximale Arbeitsdauer sowie die Pausen diskutiert. Im Dienstleistungssektor sollen zudem die Vorschriften zur Zeiterfassung wegfallen», erklärte Felix Birchler vom SGB St. Gallen und derzeitiger IGR-Präsident. Damit könnten die Arbeitstage beliebig verlängert und die Überstunden nicht mehr erfasst werden. Die Gewerkschaft will sich gegen eine verdeckte Ausweitung der Arbeitszeiten wehren und wie Felix Birchler sagte: «Die Anspruchshaltung der Wirtschaft - die Arbeitnehmer sollen jederzeit verfügbar sein - unterbinden.»

Eine Verschmelzung von Beruf und Freizeit stellt auch Sigi Langenbahn, Präsident des Liechtensteinischen Arbeitnehmerverbandes (LANV), fest. In Liechtenstein sei die Zeiterfassung bereits vor Jahren abgeschafft und stattdessen die Vertrauensarbeitszeit eingeführt worden. «Das tönt vordergründig gut, jeder ist für sein Zeitmanagement selbst verantwortlich. Heute wissen wir aber, wenn nicht gestempelt wird, wird ganz klar mehr gearbeitet», so Langenbahn. Viele Beschäftigte würden zur Selbstausbeutung neigen, seien stets am Handy erreichbar, auch an Wochenenden und im Urlaub. Die **Alters- und Hinterlasse-**



Wollen sich verstärkt für die Vereinbarkeit von **Familie und Beruf** einsetzen, von links: Norbert Loacker, Felix Birchler, Sigi Langenbahn und Jens Liedtke. (Foto: Paul Trummer)

**nenversicherung (AHV)** habe festgestellt, dass die meisten Erschöpfungsdpressionen heute bei den jungen und nicht bei den älteren Menschen diagnostiziert würden. «Das sollte uns zu denken geben», sagte Langenbahn.

Einen Schritt weiter ist die österreichische Regierung gegangen. Die Reform des Arbeitszeitgesetzes per 1. September 2018 ermöglicht den 12-Stunden-Tag beziehungsweise die 60-Stunden-Woche. ÖGB-Landesvorsitzender Norbert Loacker bezeichnete das Gesetz gestern als Zwangsarbeitsmodell, denn von einer Freiwilligkeit seitens der Arbeitnehmer könne keine Rede sein. Zudem würden die finanziellen Zuschläge für die elfte und zwölfte Stunde entfallen. «Das ist ein legaler Lohnraub», wettete Loacker. Die längeren Arbeitszeiten würden sich nicht nur auf die Gesundheit der Arbeitnehmer auswirken, sondern auch die Familien blieben auf der Strecke. «Gesellschaftspolitisch ist dieses Gesetz eine einzige Katastrophe. Das lassen wir uns nicht gefallen», so Loacker. Bereits im Juni sei eine Demonstration in Wien durchgeführt

worden, weitere Massnahmen, wie etwa bei den anstehenden Lohnverhandlungen seien geplant.

Die Gewerkschafter stellten gestern aber klar, dass sie sich nicht gegen neue Arbeitszeitmodelle stellen. Sie wollen jedoch verstärkt die veränderten Bedürfnissen der Menschen berücksichtigen und ihnen Mitgestaltungsrechte zukommen lassen.

## Weg vom traditionellen Familienbild

Aufholbedarf in Sachen Vereinbarkeit von **Familie und Beruf** sehen die Gewerkschafter auch in anderen Bereichen. So wurde von den Gewerkschaftern die Anzahl leistbarer Kita-Plätze sowie deren Öffnungszeiten bemängelt. In der Schweiz sieht Felix Birchler zudem Handlungsbedarf in Sachen Vaterschaftsurlaub. «Der gesetzlich bezahlte Vaterschaftsurlaub in der Schweiz beträgt genau einen Tag. Das heisst, der Schweizer Vater soll höchstens bei der Entbindung dabei sein, dann aber schnell wieder arbeiten.» Ein Bild, das der Bundesrat vermittelte, nachdem er kürzlich die Volksinitiative für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub abgelehnt habe. Auch in Liechtenstein plädiert

Sigi Langenbahn für einen bezahlten Elternurlaub. In der Gesetzgebung ähnlich der Schweiz muss Liechtenstein als EWR-Mitglied aber auch EU-Richtlinien übernehmen. Doch auch diese Richtlinien zum Schutz der Arbeitnehmer würden hierzulande immer arbeitgeberfreundlich umgesetzt. Als Beispiel nannte Langenbahn den unbezahlten Elternurlaub, der 2014 mit Minimalanforderungen realisiert wurde. «Teile der Wirtschaft haben einfach noch nicht begriffen, dass eine schlechte Vereinbarkeit von **Familie und Beruf** kein Standortvorteil, sondern ein Nachteil darstellt», ist Langenbahn überzeugt. Junge gut ausgebildete Eltern würden nämlich heutzutage nicht primär den Lohn, sondern auch die familienfreundlichen Bedingungen in den Vordergrund stellen. Einen weiteren Grund für den Stillstand in der Familienpolitik sieht Langenbahn im Streit um die verschiedenen Modelle. «Arbeitende Eltern werden gegen Mütter, die zu Hause bleiben, ausgespielt, Kindertagesstätten gegen Tagesmütter.» So seien in den vergangenen Jahren etliche Vorschläge «im Sand verlaufen».